

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/101

Bonn, den 27. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	DORTMUND	94

Zum Parteitag der SPD

3 Hat Frau Dr. Schwarzhaupt schon resigniert ? 46

Unions-Gesundheitspolitiker schwiegen

3 Baden-Frage darf nicht auf Eis gelegt werden 30

Vor zehn Jahren hat das Bundesverfassungsgericht entschieden

Von Herbert Bermeitinger

4 Zahlen, die zu denken geben 52

Sorgen des Instituts für Bildungsforschung

5 Politische Unruhe in Norwegen 43

Selbstgelegte Stolperdrähte der Regierung Borten

Von unserem KK-Skandinavienkorrespondenten

***** ZUR BEACHTUNG *****
Während des SPD-Parteitages ist die Redaktion des Pres-
sedienstes unter folgender Adresse zu erreichen:
46 DORTMUND - WESTPALENHALLE
SPD-Parteitag
Telefon: 28208, 28213, 28226.
Telex: 822 7192

DORTMUND

Zum Parteitag der SPD

sp - Die Woche nach Pfingsten steht innenpolitisch im Zeichen der Deutschen Sozialdemokratie. In der Dortmunder Westfalenhalle treffen sich die Delegierten der größten deutschen Partei zum zwölften ordentlichen Parteitag seit dem Zusammenbruch, um Rückschau zu halten über die letzten zwei Jahre seit dem Karlsruher Parteitag und um auf der Grundlage des unbestrittenen Godesberger Programms das Feld für die künftigen politischen Aktivitäten in den weiten Bereichen der Gesellschafts- und Deutschlandpolitik abzustecken. Auch diesem Parteitag begegnet das In- und Ausland mit der gewohnten großen Aufmerksamkeit. Über 700 Journalisten von Rundfunk, Fernsehen und Presse sind angemeldet, viele befreundete Parteien werden vertreten sein. An Stoff für Berichterstattung und Beobachtung wird es nicht fehlen.

* * *

Zwischen Karlsruhe und Dortmund liegt die 5. Bundestagswahl. Sie hat das von der Sozialdemokratie erhoffte Ergebnis nicht gebracht, obwohl die SPD mit 40 Prozent aller abgegebenen Stimmen (Berlin mit einbezogen) den höchsten Prozentsatz in ihrer hundertjährigen an Sieg und Niederlage reichen Geschichte erreichte. Die Sozialdemokraten gewannen 15 Bundestagsmandate, die die Koalition verlor. Der daraus resultierende verstärkte sozialdemokratische Einfluß in der Bundespolitik ist nicht zu überschauen. Die einst übermächtige, von Arroganz und Hochmut erfüllte nun von vielen Flügeln hin und her gerissenen Unionsparteien müssen dies respektieren.

Die Sozialdemokratie steht zwar in wirksamer Opposition zur gegenwärtigen Bundesregierung; in fünf Bundesländern trägt sie jedoch als führende Regierungspartei die Verantwortung, die Mehrzahl der Groß- und Mittelstädte werden von Sozialdemokraten regiert. Die Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein und die Bürgerschaftswahlen im Stadt-Staat Hamburg erbrachten der SPD einen beträchtlichen Vertrauenszuwachs. Sozialdemokratische Leistungen, orientiert am Notwendigen und Nötigen, wissen die politisch reifen Bürger unseres Staates zu würdigen. Als Volkspartei, frei von ideologischen Relikten der Vergangenheit und offen allen der Zukunft zugewandten Kräften steht die Sozialdemokratie auf festem unerschütterlichen Grund. Ihren Auftrag leitet sie vom Grundgesetz ab. Als höchstes Ziel gilt, im Zusammenwirken mit anderen gesellschaftlichen Kräften und mit den anderen Parteien, die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit in gesicherter Freiheit, eingebettet in eine Friedensordnung, die allen unseren Nachbarn die Furcht vor einem geeinten Deutschland nimmt und allen Völkern die Früchte wirtschaftlicher Zusammenarbeit sichert.

* * *

Die Sozialdemokratie handelt im Rahmen des Ganzen für das Ganze. Sie macht es sich dabei nicht leicht. Über 240 Anträge von Ortsgruppen, Bezirken, Landesverbänden und von den Führungsgremien liegen dem Parteitag vor, sind Niederschlag eines unablässigen vorwärts-

strebenden Ringens um den besten Gehalt deutscher Politik und um die Erfüllung dessen, was uns allen auferlegt ist: Unser Haus so zu gestalten, daß es für alle zu einer gerechten Heimstätte wird, in der jeder Bürger sich entsprechend seinen Fähigkeiten entfalten kann.

Da ist noch viel zu tun, noch weite Wegstrecken sind zurückzulegen. Die Veränderungen bei uns und um uns vollziehen sich in einem den früheren Generationen unbekanntem Tempo. Ein Volk, das diese Veränderungen, sichtbar vor aller Augen, nicht wahrnehmen will, läuft Gefahr, auf der Strecke zu bleiben. Es zieht im Wettkampf mit anderen vergleichbaren Industrienationen den Kürzeren. So nehmen denn Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsfragen in den sozialdemokratischen Vorstellungen über eine moderne, der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts angepaßte Gesellschaftspolitik einen hohen Rang ein. Es ist ein gutes Zeichen, daß diese Pionierarbeit der Sozialdemokraten nun in das Bewußtsein breiter Schichten unseres Volkes eingegangen ist. Die Sorge um die Erhaltung der von vielen Gefahren bedrohten Volksgesundheit und die Sicherung des Lebensabends unserer alten Menschen bleiben Themenstellungen, die das ganze Volk bewegen. Sie sind von der Tagesordnung deutscher Politik nicht mehr wegzuwischen. Auch die rechts von der Sozialdemokratie stehenden Parteien kommen um den Begriff der Gemeinschaftsaufgaben nicht herum. Sie haben ihn akzeptiert, ohne ihn freilich mit glattem Leben zu erfüllen. Sie scheuen davor oder bleiben in Enzylänglichkeiten stecken.

Durch unser Volk geht eine spürbare Unruhe. Vieles, das festgefügt schien, geriet ins Wanken. Die Krise in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft berührt die Grundlagen unserer bisherigen Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik. Die deutsche Politik bedarf der Klugheit, der Festigkeit und eines klaren Willens um mit diesen lebensbedrohenden Krisenerscheinungen fertig zu werden. Unsere Menschen sind nicht mehr bereit, die schrecklichen Auswirkungen der Mauer in Berlin und die Zonengrenze als ein unabänderliches Naturgesetz hinzunehmen. Der Wunsch, wieder zusammenzufügen, was zusammengehört, verdichtet sich zu dem Verlangen, alles zu tun, was die Lage der Menschen in Mitteldeutschland erleichtern könnte. Kein politisches Ereignis in den letzten Jahren hat in unserem Volk so viel zustimmenden Widerhall gefunden wie die zwei Antwortschreiben der SPD an die kommunistische SED. Sie haben das Ziel, in ganz Deutschland die offene Konfrontation mit allen Parteien in Deutschland herbeizuführen. Gewiß, Wunder sind davon nicht zu erwarten, wohl aber eine Veränderung im Atmosphärischen. Die deutsche Demokratie braucht die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht zu scheuen. Sie besitzt die größere moralische Kraft.

Der Dortmunder Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie gibt wiederum der Behandlung von Lebensfragen der Nation. Eine schwere Verantwortung liegt auf dieser Partei. Ihr gerecht zu werden, bezeugt den Willen von Männern und Frauen, denen die Stärkung der deutschen Demokratie und die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes unter dem Banner der Demokratie zum Lebensziel geworden ist.

Hat Frau Dr. Schwarzhaupt schon resigniert ?

Unions-Gesundheitspolitiker schwiegen.

sp - Bei der Beratung des Haushalts des Gesundheitsministeriums konnte es nach Lage der Dinge nicht ausbleiben, daß von der Opposition Kritik an der Gesundheitspolitik der Bundesregierung und an der dafür verantwortlichen Ministerin Frau Dr. Schwarzhaupt geübt wurde. Daß selbst Gesundheitspolitiker der Unionsparteien diese Kritik teilen, glaubten Fachleute - vor allem auch auf den Pressebänken - in der Tatsache zu erblicken, daß die Union keinen ihrer Gesundheitspolitiker auf die Rednertribüne schickten, sondern einen Haushaltsexperten (Dr. Götz) und einen ihrer Kulturpolitiker (Dr. Martin). Zwar ist Dr. Martin auch Arzt, aber er selbst hat sich in den ganzen Jahren nie auf gesundheitspolitischem Gebiet, sondern fast ausschließlich in kulturpolitischen Bereichen betätigt. Kaum weniger eigentümlich berührte es, daß auch die Ministerin selbst es versäumte, vor das Plenum des Parlaments zu treten, um auf die vorgetragene Kritik und auf die unterbreiteten Anregungen zu antworten. Ob Frau Dr. Schwarzhaupt schon resigniert hat?

+ + +

Baden-Frage darf nicht auf Eis gelegt werden.

Vor zehn Jahren hat das Bundesverfassungsgericht entschieden

Von Herbert Bermeitinger

Vor zehn Jahren, am 31. Mai 1956, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß im Gebiet des früheren Freistaats Baden ein Volksbegehren durchzuführen ist. Obschon dieses Volksbegehren erfolgreich war, die Voraussetzung für einen Volksentscheid also gegeben war, hat der Bundestag die gesetzlichen Voraussetzungen noch immer nicht geschaffen. Schuld daran trägt die CDU, die aus parteipolitischen Erwägungen keinen Weg einschlagen wollte, der den Badenern, aber auch den anderen Gebieten mit erfolgreichem Volksbegehren endlich zu ihrem Recht verhelfen sollte. - Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in der 4. Legislaturperiode diesen Weg vorgezeichnet. Sie beantragte eine Änderung des Artikels 29 des Grundgesetzes, um der Bevölkerung des ehemaligen Freistaates Baden die Möglichkeit zu geben, in dem Volksentscheid nicht nur ihre Meinung zu bekunden, sondern eine endgültige Entscheidung zu treffen, ob Baden-Württemberg weiterbestehen oder ob die alten Länder Baden und Württemberg wieder hergestellt werden sollen. - Fritz E r l e r, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hat dieser Tage in einem Interview klargestellt, daß sich die SPD auch im 5. Bundestag darum bemühen wird, diese Verfassungsänderung zustande zu bringen. Die SPD leide dabei die Achtung vor der Verfassung, nach ihrer Meinung dürfe ein vom Grundgesetz garantiertes Recht nicht insgeheim ausgehöhlt oder verschleppt werden. - Da das Recht unteilbar ist, darf die anzustrebende Lösung nicht aus parteitaktischen Überlegungen heraus gesehen werden. Da nicht nur in Baden, sondern in 5 Gebieten der Bundesrepublik Volksbegehren zur Neugliederung erfolgreich waren, muß für alle 6 Bereiche eine endgültige und einheitliche Regelung gefunden werden. Dabei hält es die SPD durchaus für angemessen, daß auf der Basis einer gemeinsamen Lösung zuerst in Baden mit dem endgültigen Volksentscheid begonnen wird, da es besonders dringlich erscheint, daß im Südwesten nach einem Votum mündiger Bürger endlich eine Befriedung hergestellt wird.

+ + +

Zahlen, die zu denken geben

Sorgen des Instituts für Bildungsforschung

sp - Wir stehen in der Bundesrepublik vor einem enormen Anstieg der Einschulungen. Während 1963 in allen drei Schularten sowie den Berufsschulen rund neun Millionen Kinder gingen, werden es 1970 bereits 10,5 Millionen sein. Geht man davon aus, daß wir es bis 1980 endlich zu einer zehnjährigen Grundschulpflicht gebracht haben, so müssen für unsere Volksschüler, Real- und Oberschüler sowie Berufsschüler soviel Unterrichtsräume vorhanden sein, daß 12,4 Millionen Schüler unterrichtet werden können.

Nachdem die Schulraumnot zwar noch nicht überwunden ist aber jedenfalls in den meisten Orten der Schichtunterricht beseitigt werden konnte, stehen wir vor der Frage, in sehr großem Ausmaß weitere Schulen zu bauen oder wieder den Schichtunterricht einzuführen. Die Lage wird sich noch verschärfen durch die vielen Trabantenstädte, die am Rande unserer Großstädte entstehen. Alte Schulen in den Stadtzentren entleeren sich und müssen abgerissen werden. Neubauten am Stadtrand sind vonnöten. Die jetzt überall in Schwung gekommene Einrichtung der ländlichen Mittelpunktschulen wird zusätzliche Bauanstrengungen bedeuten.

Nach einer Schätzung des Instituts für Bildungsforschung in Berlin liegen folgende harte Zahlen vor, die zu denken geben. Bis 1980 müssen wir weitere 227 000 Klassenräume in Neubauten und Ersatzbauten in der Bundesrepublik errichten. 164 000 Sonderräume sind notwendig. 35 000 Gemeinschaftsräume kommen hinzu. Es ist jetzt die Frage, ob ein noch nicht gekannter Bauboom für das deutsche Schulwesen beginnen kann und wie besonders die finanzschwachen Gemeinden und Länder über die Hürde kommen sollen.

Nach dem gegenwärtigen Kostenstand sind für jeden Schülerplatz zwischen 3 000 und 12 000 DM in der neuen Schule bereitzustellen. Geht man von den gegenwärtigen Preisen aus, so müßten danach bis 1980 rund 70 Milliarden DM für neue Schulen ausgegeben werden, eine zwar großartige aber höchst kostspielige Angelegenheit. Wenn der Anstieg des Preisindex seinen weiteren Trend beibehält, werden es allerdings bis 1980 rund 155 Milliarden DM sein, die in die Schulen gesteckt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund erhebt sich unweigerlich die Frage nach der Lösung der großen Finanzreform zugunsten der deutschen Gemeinden. Vorrangig ist ferner die gesetzlich verankerte Bundesergänzungszuweisung für die finanzschwachen Länder. Da die Länder Kulturhoheit besitzen, kommt auf die Konferenz der Ministerpräsidenten und der Kultusminister aber noch eine weitere Aufgabe hinzu.

Es geht um die Rationalisierung, um die fabrikmäßige Serienproduktion von neuen Schulen. Die Fachleute kennen die großartigen Erfolge, die damit in Großbritannien, Dänemark und Schweden erreicht worden sind. Es gelang, den Preis für den Schülerplatz hier seit vielen Jahren auf einem Betrag zwischen 2 000 und 3 000 DM zu halten. Dabei kann niemand sagen, daß diese Schulen etwa eintönig gestaltet oder schlecht ausgestattet wären. Im Gegenteil. Jeder mit Rationalisierungsfragen befaßte Baufachmann weiß zudem, wie enorm Kostensenkungen sein können, wenn nicht jede Gemeinde für sich plant und baut. Nach den ersten Schätzungen könnte eine vernünftige Baurationalisierung und Vorplanung, die sogar den Standard unserer Schulausstattungen heben würde, die Ersparnis von rund 20 Milliarden DM bringen.

Politische Unruhe in Norwegen

Selbstgelegte Stolperdrähte der Regierung Borten

KK - Die Stortingswahl im Herbst des vergangenen Jahres hat Norwegen eine konservative Regierung beschert - dies Dank vor allem der "Sozialistischen Volkspartei", die in vielen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatte, ohne jedoch in mehr als zwei Kreisen je einen Sitz gewinnen zu können. Die Versprechungen, die von den bürgerlichen Parteien vor der Wahl gemacht worden waren, waren umfassend: Steuererleichterungen sollten vor allem anderen in Frage kommen. Aber auch die Preise sollten gefestigt werden. Von den Versprechungen ist nichts geblieben. Hingegen ist über das Land eine allgemeine Unsicherheit gekommen, von der das Weiterbestehen der konservativen Regierung in Frage gestellt wird.

Die Verhandlungen über einen Rahmenvertrag, die für dieses Frühjahr fällig gewesen sind, haben mit einem Mißerfolg geendet, der die Einsetzung einer Schlichtungskommission zur Folge hatte. Auch die Vorschläge der Schlichtungskommission wurden von den Gewerkschaften abgewiesen, und ein Großkampf auf dem norwegischen Arbeitsmarkt ist möglich geworden. Es handelt sich dabei um rein gewerkschaftliche Fragen, zu denen die Gewerkschaftsbewegung unter rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten Stellung genommen hat. - Trotzdem verkündeten der Ministerpräsident Borten und eine der Regierung nahestehende Zeitschrift, daß die Entscheidung der Gewerkschaften aus rein politischen Gründen von der Arbeiterpartei beeinflusst, wenn nicht herbeigeführt worden ist; um der bürgerlichen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Diese Behauptung wurde von der Arbeiterpartei mit einer scharfen Erklärung beantwortet: die Behauptung sei - und sie ist - unwahr und dazu bestimmt, Gewerkschaften und Arbeiterpartei unlauterer politischer Machenschaften zu beschuldigen, um sie moralisch herabzusetzen. - Indessen gehen die Bemühungen weiter, einen offenen Konflikt auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Seit vielen Jahren arbeiten Dänemark, Norwegen und Schweden auf dem Gebiete der Luftfahrt zusammen. Die weltbekannte SAS ist das Ergebnis und der Ausdruck dieser Zusammenarbeit. SAS hat nach dem Vertrag, der zwischen den drei Ländern über die Zusammenarbeit in der Luftfahrt geschlossen worden ist, das Vorzugsrecht zum Befliegen der Inlandslinien. Nun hat die norwegische Regierung dem Schiffsreder Braathen das Recht eingeräumt, die Nordstrecke Norwegens nach Tromsø zu befliegen. Dadurch wird die SAS von Sprengung bedroht. Es wird behauptet, daß Braathen den bürgerlichen Parteien den Wahlfond finanzieren geholfen habe. Diese Behauptung wird jedoch selbst von den Gegnern der Regierung Borten als so ungeheuerlich bezeichnet, daß es schwer fällt, sie zu glauben.

Sollte diese Regierung in ernste Schwierigkeiten geraten, hat sie sich das selber zuzuschreiben.

* * *